

Inhaltsverzeichnis

1. Johannes Röring	
2. CDU	
3. Deutscher Bauernverband	

Johannes Röring

Johannes Röring (*1959 in Vreden), Landwirt, [CDU](#)-Bundestagsabgeordneter von 2005 bis 2021, war bis 2020 Mitglied des Präsidiums des [Deutschen Bauernverbands](#) (DBV).

Neben seinem Mandat als Abgeordneter übte er eine ganze Reihe entgeltlicher Tätigkeiten - vor allem im Agrarbereich - aus.^[1] Röring erzielte 2013-2016 Nebeneinkünfte in Höhe von mindestens 1,3 Mio. Euro und lag damit an 2. Stelle unter den Bundestagsabgeordneten mit den höchsten Bruttobezügen in diesem Zeitraum.^[2] Röring findet, die Veröffentlichung solcher Zahlen über Nebeneinkünfte mache „die Leute scheu“. ^[3] Bei Rörings Doppelrolle als Abgeordneter und Lobbyist mit hohen Nebeneinkünften lagen Interessenkonflikte auf der Hand.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Mitgliedschaften und Ämter im Deutschen Bundestag (2017-2021)	2
3 Verbindungen und Netzwerke	3
3.1 Funktionen in Unternehmen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts	3
3.2 Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen	3
4 Wirken	3
4.1 Vorwürfe wegen Verstoßes gegen das Tierschutzrecht	3
5 Weiterführende Informationen	4
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
7 Einzelnachweise	4

Karriere

- 2012-2020 [Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband](#), Präsident
- 2005-2021 Mitglied des Bundestags, [CDU](#)
- 2000-2012 Landwirtschaftlicher Bezirksverband Münster, Vorsitzender
- 1994-2012 Landwirtschaftlicher Kreisverband Borken, Vorsitzender
- 1994 Gründung eines gewerblichen Schweinemastbetriebs (GbR)
- 1987-1995 Vorstandsmitglied der CDU Vreden
- 1980 Abschluss als Staatlich geprüfter Landwirt

Quelle: ^[4]

Mitgliedschaften und Ämter im Deutschen Bundestag (2017-2021)

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Stellv. Mitglied

Verbindungen und Netzwerke

Röring ist Mitglied einer Vielzahl von Aufsichtsräten, Beiräten, Ausschüssen, Kuratorien und Beratungsgremien.

Funktionen in Unternehmen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts

- Mitglied/Vorsitzender des Aufsichtsrats: DBB Data GmbH, Deutsche Medien-Manufaktur GmbH & Co. KG, Deutscher Bauernverlag GmbH, LAND-DATA GmbH, LVM Pensionsfonds-AG, WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank
- Mitglied des Kuratoriums: QS Qualität und Sicherheit GmbH
- Mitglied/Vorsitzender in Beiräten: QS Qualität und Sicherheit GmbH, AGRAVIS Raiffeisen AG, Westfälische Provinzial Versicherung AG, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Sparkasse Westmünsterland
- Mitglied von Ausschüssen: Gesellschaft zur Förderung des Tierwohls in der Nutztierhaltung mbH, Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
- Berater: Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken GmbH

Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen

- [Deutscher Bauernverband](#) (DBV), Mitglied des Verbandsrats und des Präsidiums
- [Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband](#) (WLV), Präsident
- [Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch](#), Vorsitzender
- DBV-Fachausschuss Schweinefleisch, Vorsitzender
- Stiftung LV Münster, Vorsitzender des Kuratoriums
- Stiftung Westfälische Landschaft, Vorsitzender der Direktion
- Stiftung Westfälische Kulturlandschaft, Vorsitzender des Vorstands

Quelle: ^[5]

Wirken

Vorwürfe wegen Verstoßes gegen das Tierschutzrecht

Röring ist Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestags, der sich u. a. Fragen der Tiergesundheit und des Tierwohls widmet^[6] und Mitglied der Projektgruppe Schwein der Gesellschaft zur Förderung des Tierwohls in der Nutztierhaltung mbH. Tierrechtsaktivisten haben im Rahmen einer Undercover-Recherche auch den Stall von Rörings Familienbetrieb gefilmt und dabei katastrophale hygienische Bedingungen dokumentiert.^[7] Die Videoaufnahmen, die in der ARD-Sendung Panorama ausgestrahlt wurden, zeigen kranke und verletzte Schweine, ein Tier liegt sogar tot zwischen seinen

Artgenossen. Die Tierrechtsorganisation Peta hat inzwischen Anzeige wegen Verstoßes gegen das Tierschutzrecht erstattet. In seiner Stellungnahme hat Röring die Vorwürfe bestritten oder relativiert.^[8] Er erklärte, er habe sich sofort mit der landwirtschaftlichen Prüfstelle QS (Qualität und Sicherheit GmbH) in Verbindung gesetzt und um ein Sonder-Audit (Betriebsprüfung) gebeten, die bestanden worden sei.^[9] Röring ist Mitglied des Kuratoriums der Prüfstelle QS und Vorsitzender des QS-Fachbeirats Rind- und Schweinefleisch.^{[10][11]}

Das Verfahren der Staatsanwaltschaft Münster gegen Röring ist im Dezember 2016 wegen eines fehlenden Anfangsverdachts im eingestellt worden.^[12] Auf den Videosequenzen seien zwar Zustände zu sehen, die auf Missstände in der Schweinemasthaltung hindeuten könnten, doch gäben die Momentaufnahmen keine Auskunft über die Dauer oder Wiederholung der Zustände und belegten keine länger anhaltenden oder sich wiederholenden erheblichen Schmerzen.

Weiterführende Informationen

- [Süddeutsche Zeitung vom 15. September 2017: Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Profil Deutscher Bundestag](#), bundestag.de, abgerufen am 23.10.2016
- ↑ [Abgeordnete kassieren mehr als 18 Mio. Euro nebenher - Millionenbeträge bleiben im Dunkeln](#), veröffentlicht am 09.08.2016, abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 25.10.2016
- ↑ [Spitzenverdiener beklagen sich über Transparenzregeln, die sie selbst beschlossen haben](#), veröffentlicht am 17.10.2014, abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 25.10.2016
- ↑ [Kurzvita](#), johannes-roering.de, abgerufen am 25.10.2016
- ↑ [Profil Deutscher Bundestag](#), bundestag.de, abgerufen am 17.07.2018
- ↑ [Aufgaben und Arbeit des Ausschusses](#), bundestag.de, abgerufen am 24.10.2016
- ↑ [Ärger im Schweinesystem](#), Der Freitag 12.10.2016, abgerufen am 24.10.2016
- ↑ [WLV-Präsident Johannes Röring nimmt Stellungnahme zu Panorama-Sendung](#), wlv.de, abgerufen am 24.10.2016
- ↑ [Stellungnahme zur Berichterstattung von „Panorama“ am 22.09.2016](#), johannes-roering.de, abgerufen am 24.10.2016
- ↑ [Fachbeirat unter neuer Führung](#), Pressemitteilung vom 24.01.2013, abgerufen am 24.10.2016
- ↑ [Profil Deutscher Bundestag](#), bundestag.de, abgerufen am 23.10.2016
- ↑ [Verfahren gegen Röring eingestellt](#), fleischwirtschaft.de vom 19.12.2018, abgerufen am 27.07.2018

CDU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	5
1.1 Bundestagswahl 2025	5
1.2 Bundestagswahl 2021	5
1.3 Bundestagswahl 2017	5
1.4 Bundestagswahl 2013	6
1.5 Bundestagswahl 2009	6
2 Finanzierung	6
2.1 Rechenschaftsberichte	7
2.2 Top-Spender	7
2.3 Gesamteinnahmen	8
2.4 Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU	10
2.5 Sponsoring	11
3 Wirtschaftsrat der CDU	11
4 Bundesvorsitzender Merz	11
5 Generalsekretär Linnemann	12
6 Bundesgeschäftsführer Birkenmaier	12
7 Beteiligungen an Unternehmen	12
8 Weiterführende Informationen	12
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
10 Einzelnachweise	12

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die

Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[3]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[4]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 150.736.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 71.286.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CDU

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der CDU in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Christoph Alexander Kahl	1.978.160 €	

DVAG (Firmengeflecht)	1.591.001 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Familie Gröner	880.000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH und Christoph Gröner
Schambach, Stephan	1.238.000 €	
Familie Quandt /Klatten (BMW)	650.010 €	Spenden von Susanne Klatten, Stefan Quandt und Johanna Quandt
Dr.-Ing. E.h. Martin Herrenknecht	659.102 €	
Dr. August Oetker KG	435.500 €	Spenden von Dr. August Oetker KG, Arend Oetker, Alfred Oetker sowie Carl-Ferdinand Oetker
Droege Group AG	300.000 €	
Prof. Dr. Hans Georg Näder	299.000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	438.368,85 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheld sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	36,26	21,0	36,41	26,7	37,2	23,2	37,67	24,92	37,55	24,60
Mandatsträgerbeiträge	23,06	13,36	22,32	16,37	21,89	13,65	21,54	14,25	21,12	13,84
Spenden von natürlichen Personen	12,34	7,15	14,4	10,27	26,7	16,65	17,99	11,90	16,25	10,65
Spenden von juristischen	5,8	3,3	7,3	5,3	14,8	9,2	8,7	5,7	7,3	4,7

Personen	4	8	4	8	2	4	5	9	1	9
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Aus sonstigem Vermögen	3,64	2,11	1,95	1,43	1,79	1,11	5,08	3,36	2,11	1,38
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	10,91	6,31	8,9	6,52	6,15	3,84	5,76	3,81	13,48	8,83
Staatliche Mittel	57,96	33,57	44,46	32,61	51	31,81	53,73	35,54	54,1	35,39
Sonstige	22,66	13,12	0,98	0,72	0,81	0,5	0,65	0,43	0,8	0,52
Summe	172,664 Mio €		136,36 Mio €		160,36 Mio €		151,16 Mio €		152,63 Mio €	

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,74	25,62	37,57	23,98	37,7	26,03	38,75	25,64	39,3	28,7
Mandatsträgerbeiträge	20,74	14,08	20,09	12,82	19,4	13,39	17,53	11,6	17,2	12,6
Spenden von natürlichen Personen	12,11	8,22	22,58	14,41	15,13	10,45	20,06	13,28	12,14	8,9
Spenden von juristischen Personen	4,97	3,37	12,63	8,06	7,05	4,87	10,74	7,11	6,05	4,4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,03	0,03	0,0	0,0	0,0	0,0
Aus sonstigem Vermögen	1,74	1,18	2,02	1,29	2,32	1,6	2,8	1,86	3,44	2,5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,21	8,97	12,79	8,16	12,82	8,84	11,68	7,74	11,7	8,54
Staatliche Mittel	56,14	38,10	48,36	30,86	49,5	34,19	48,05	31,8	46,4	33,88
Sonstige	0,68	0,46	0,66	0,42	0,92	0,63	1,48	0,97	0,8	0,57
Summe	147,3 Mio €		156,7 Mio €		144,83 Mio €		151,1 Mio €		137 Mio €	

Quellen:^[5]

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Spenden von natürlichen Personen an die CDU im Jahr 2020 beliefen sich auf 17,986 Mio € und wurden auf 17,99 Mio € aufgerundet.

Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU

Christoph Gröner spendete 2020 insgesamt 820 Tsd. Euro an die Berliner CDU (320 Tsd. Euro als Privatperson und 500 Tsd. Euro über die Gröner Family Office GmbH); 2021 belief sich die Spende von Gröner auf 20 Tsd. Euro.^{[6][7]}

Die beiden Spenden von 2020 waren nach einem von LobbyControl beauftragten [Rechtsgutachten](#) wahrscheinlich illegal, weil damit Erwartungen verbunden waren, wie Gröner selbst 2021 öffentlich zugab.^[8]

Laut „Tagesspiegel“ vom 19.05.2023 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Großspenden an die CDU.^[9] Der Vorgang sei ausgewertet worden, um über ein mögliches weiteres Vorgehen zu entscheiden. Transparency International hatte im Mai 2023 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in einem Brief aufgefordert, dass die Bundestagsverwaltung als zuständige Stelle die Parteispenden überprüfen solle.^[10] Ende Juli 2023 wurde bekannt, dass die Bundestagsverwaltung die Prüfung eingestellt hat. "Eine Stellungnahme der CDU habe den in Medienberichten geäußerten Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz ausgeräumt"^[11]

Anlass der Prüfung waren Recherchen des „Tagesspiegel“, nach denen sowohl Gröner als auch die CDU mehrfach gesagt haben, dass mit den Spenden Absprachen oder Bitten des Unternehmers verbunden seien.

- Im Podcast „Tacheles“ von Deutschlandfunk Kultur“ erklärte Gröner am 8. Mai 2021 zu seiner Großspende: "Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass die Kinder im Kinderheim, die behindert sind, genauso viel Geld für ihre Kleider kriegen wie die nichtbehinderten. Die kriegen nämlich 200 Euro weniger. Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert."^[12]
- Im Tagesspiegel-Podcast „Berliner & Pfannkuchen“ erklärte Gröner in Bezug auf die Spenden: „Ich habe eine einzige Forderung an den Herrn Wegner gestellt, und die war die, dass ich gesagt habe: ‚Kinder im Kinderheim, die behindert sind, sollen bitte in Zukunft den gleichen Kleidersatz kriegen wie Kinder, die nicht behindert sind.‘ (...)“ Das ist sozusagen schriftlich fixiert.“^[13]
- Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bestätigte 2021 in einem [Interview](#), dass die Spende von Gröner mit Forderungen verbunden war.

Später bestritt Gröner, die Spenden an politische Forderungen geknüpft zu haben: Er habe im Zusammenhang mit den Spenden „nie eine Bitte geäußert, einen Wunsch erklärt, noch eine Bedingung gestellt. Und wenn ich etwas anderes gesagt habe, dann war es im Affekt (...)“.^[14] Auch die Gröner Family Business Office GmbH bezeichnete eine Verbindung zwischen Spende und Forderung nun als falsch; es sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion entstanden, die diesen Zusammenhang konstruieren möchte.^[15] Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erklärte, er sei nicht beeinflussbar.^[16] Entscheidend sei, dass er politische Entscheidungen von einer solchen Spende nicht abhängig mache. Das werde er nie tun.

Laut LobbyControl offenbart der Fall Gröner große Mängel in der Kontrolle der [Parteienfinanzierung](#) in Deutschland: „Es ist hochproblematisch, wenn bei einer Spende in dieser Größenordnung Verstöße öffentlich zugegeben werden, und die zuständige Stelle davon nicht einmal Notiz nimmt. Das Parteiengesetz muss dringend reformiert werden. Es braucht schärfere Transparenzpflichten und schnellere Offenlegung sowie

eine unabhängige und mit mehr Ressourcen ausgestattete Kontrolle. Aber das alleine reicht nicht aus. Spenden in dieser Höhe sind oft mit Erwartungen verbunden, die sich schwer kontrollieren lassen, Parteien aber in Abhängigkeiten bringen. Dies gilt besonders auf Landesebene, wo einzelne Spenden den Großteil des Wahlkampfbudgets einer Partei ausmachen können, wie auch im Fall Gröner. Das wirksamste Mittel, um dieses Problem zu bekämpfen, ist deshalb ein Parteispendendeckel. LobbyControl fordert eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in pro Jahr.“^[17]

Hintergrundanalyse von LobbyControl zu Parteispenden inkl. Kritik an den Spenden von Gröner: [Die Parteispenden steigen, die Intransparenz bleibt](#)

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener CDU-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos ausgestellter Sponsorentafeln bestimmen und können z.T. auf den Webseiten der Parteitage eingesehen werden:

- [Sponsoren des 25. Parteitags der CDU, 03.–05.12.2012](#)
- [Sponsoren des 29. Parteitags der CDU, 05.–07.12. 2016](#)
- [Sponsoren des 31. Parteitags der CDU, 07.–08.12. 2018](#)
- [Sponsoren des 32. Parteitags der CDU, 22.–23.11.2019](#)
- [Sponsoren Landesparteitag Baden-Württemberg, 23.01.2021](#)
- [Sponsoren des 34. Parteitags der CDU, 22.01.2022](#)

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[18] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage eines CDU-Mitglieds aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg und wird weitere Schritte prüfen. Hierzu könnte etwa eine erneute Klage eines Parteimitglieds mit Delegiertenstatus vor dem Parteigericht oder der Gang vor das Zivilgericht gehören. ^[19]

Bundesvorsitzender Merz

[Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU und Kanzlerkandidat der Union, war Top-Lobbyist und seit 1999 Präsidiumsmitglied und seit 2019 Vizepräsident des [Wirtschaftsrats](#). Nach Kritik durch [LobbyControl](#) im Jahr 2021 gab er beide Posten auf. ^[20]

Generalsekretär Linnemann

Generalsekretär [Carsten Linnemann](#) war bis 2021 Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU

Bundesgeschäftsführer Birkenmaier

Phiipp Birkenmaier war u.a. Leiter des Arbeitsstabs Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft (2019-2020) und Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2012-2019)^[21]

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CDU Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- [Union Betriebs GmbH](#), Rheinbach (Medienunternehmen)
- Kommunal-Verlag GmbH (Medienunternehmen), Berlin
- CDA Verlagsgesellschaft mbH (Medienunternehmen), Berlin
- Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH (Medienunternehmen) , Wiesbaden
- Domizil Verwaltungs- und Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen GmbH, Hannover
- Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH (Medienunternehmen), Kiel
- V-G-B Verwaltungsgesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH, Düsseldorf
- Kommunalpolitische Vereinigung Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Recklinghausen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm von CDU und CSU](#), cdu.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017, pdf \(630 kB\)](#), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
6. ↑ [Gröner Family Office GmbH](#), lobbypedia.de, abgerufen am 25.06.2023
7. ↑ [Parteispenden über 50.000 Euro 2020](#), bundestag.de, abgerufen am 25.06.2023
8. ↑ [Gröner-Spenden an die CDU: Parteien, verklagt den Bundestag!](#) www.lobbycontrol.de vom 13.09.2023, abgerufen am 27.03.2024

9. ↑ [Nach widersprüchlichen Aussagen Bundestag wertet umstrittene Gröner-Spenden an Berliner CDU aus](#), tagesspiegel.de vom 19.05.2023
10. ↑ [Gröner-Spenden an CDU: Transparency International fordert Bundestagsverwaltung zur Prüfung auf](#), transparency.de vom 17.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
11. ↑ [Keine "Einflusssspende"](#) www.sueddeutsche.de vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023
12. ↑ [Vom Versagen der Politik und dem Wusch zu bauen](#), deutschlandfunkkultur.de vom 08.05.2021, abgerufen am 01.07.2023
13. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
14. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
15. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
16. ↑ [Wegner dementiert Bedingungen eines Unternehmers für Parteispende](#), rbb24.de vom 21.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
17. ↑ [Pressemitteilung vom 19.05.2023](#), abgerufen am 01.07.2023
18. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ [Pressmitteilung vom 28.04.2023](#), abgerufen am 29.04.2023
20. ↑ [LobbyControl auf Twitter am 15.12.2022](#), abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ [Dr. Philipp Birkenmaier](#), linkedin.com, abgerufen am 01.12.2024

Deutscher Bauernverband

Der **Deutsche Bauernverband** e.V. (DBV) mit Sitz in Berlin ist als Spitzenverband der deutschen Landwirtschaft einer der mächtigsten Lobbyorganisationen Deutschlands. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Aufgrund hoher EU-Agrarsubventionen kommt der Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen eine Schlüsselrolle zu. Der DBV war sowohl in Deutschland als auch bei der EU erfolgreich darin, seine Interessen über Ämterakkumulation seines Spitzenpersonals und genutzte Drehtüreffekte direkt im agrarpolitischen Entscheidungssystem (Agrarausschuss des Bundestags und Landwirtschaftsministerium) zu vertreten.^[1]

Vorschläge der EU, die Vergabe von Subventionen mit Auflagen zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der

Deutscher Bauernverband



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Dachverband der deutschen Landwirtschaft
Gründungsdatum 1948

10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7

Naturwiederherstellung und des Immissionsschutzes von Tierställen zu verknüpfen, lehnt der Bauernverband ab.^[2] Es handle sich um einen Ansatz, der wirtschaftliche Fragen wie die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarbranche weitgehend außer Acht lasse.

Deutscher Bauernverband

Hauptsitz

Lobbybüro 10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7

Lobbybüro EU B-1050 Brüssel, Rue de Luxembourg 47-51

Webadresse www.bauernverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	15
1.1 Subventionen und Lobbyismus	15
1.2 Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung	15
1.3 Deutschland	16
1.4 Brüssel	18
1.5 Seitenwechsel	18
2 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik	18
3 Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband	19
4 Baywa AG	19
5 Führende Netzwerker der Agrarlobby	20
5.1 Stefan Köhler	20
5.2 Franz-Josef Holzenkamp	21
6 Fallbeispiele und Kritik	21
6.1 2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden	21
6.2 2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden	21
6.3 2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte	22
6.4 2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)	22
6.5 2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln	24
6.6 2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne	24
6.7 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	25
6.8 2018: Ablehnung der Lebensmittelampel	25
7 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	25
7.1 Präsident - Joachim Rukwied	25
7.2 Vorstand	26
7.3 Präsidium	26
7.4 Generalsekretär	27
7.5 Fachausschüsse	27
7.6 Mitgliedschaften (Auszug)	27
8 Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich	27
8.1 Industrierverband Agrar e.V. (IVA)	27
8.2 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	28
8.3 Bundesverband Deutscher Milchviehhalter	28
8.4 Solidarische Landwirtschaft	28
8.5 Freie Bauern	29
8.6 Landwirtschaft verbindet Deutschland	29
9 Weiterführende Informationen	29
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	29
11 Einzelnachweise	30

Lobbystrategien und Einfluss

Subventionen und Lobbyismus

Die Lobbyarbeit ist wegen der hohen Agrarsubventionen von großer Bedeutung für den Deutschen Bauernverband. Die deutsche Landwirtschaft wird von der EU mit jährlich knapp 7 Milliarden Euro subventioniert, was nach Schätzungen einem Anteil von bis zu 50 % des jährlichen Einkommens der deutschen Landwirte entspricht.^[3] In Deutschland stellt das Bundesfinanzministerium für den Haushalt 2023 Subventionen (Steuervergünstigungen und Finanzhilfen) von rd. 2,65 Mrd. Euro zur Verfügung.^[4] Zusätzliche vier Milliarden wendet die Bundesregierung für landwirtschaftliche Renten und Krankenkassen auf.^[5] Insgesamt erhalten die deutschen Bauern im Schnitt jährlich über 40.000 Euro Subventionen, Beihilfen, Zuschüsse und Erleichterungen.^[6]

Die Direktzahlungen der EU sind zunehmend an ökologische Leistungen gekoppelt worden, was von vielen Bauern als Überregulierung wahrgenommen und von der Agrarlobby abgelehnt wird. Zur Umsetzung ihrer Umwelt- und Klimaziele entwickelte die EU eine „Farm to Fork“-Strategie für nachhaltige Lebensmittelsysteme, die vom Bauernverband wie folgt kommentiert wird: "Die vorgelegten Vorschläge zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der Naturwiederherstellung und des Immissionschutzes von Tierställen atmen den Geist bürokratischer Auflagen, die zentral von Brüssel auf die Mitgliedstaaten und auf die Landwirte einwirken sollen."^[7] Das Pestizidgesetz, das der Umsetzung der Strategie dienen sollte, ist am Widerstand der Europäischen Volkspartei, der CDU und CSU angehängt, gescheitert.^[8] Beim Renaturierungsgesetz wurden fast alle Anforderungen an die Landwirtschaft gestrichen.

Eine vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace erstellte [Kurzstudie](#) vom Januar 2024 zeigt den Spielraum auf, der beim Abbau umweltschädlicher Subventionen genutzt werden muss, um Anreize für eine sozial gerechte Agrar- und Ernährungswende zu setzen und eine umwelt- und klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft gezielt zu fördern.

Besondere Aktionsmöglichkeiten bei der Interessendurchsetzung

Die Traktordemonstrationen im Januar 2024 zeigen nach Auffassung der Süddeutschen Zeitung, dass die Bauern (neben den Lokführern) eine physische Lahmlegungsmacht und Breitenwirkung besitzen, die anderen Berufsgruppen so nicht zu Gebote stehen.^[9] Bei Kampagnen kann sich der DBV auf ein außergewöhnlich breites Bündnis nahestehender Organisationen stützen. So wandten sich im Vorfeld einer Großdemonstration von Bauern für den Erhalt der Agrardiesel-Subventionen über 30 Verbände mit einem gemeinsamen Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von Union, FDP, Grüne und SPD, deren Haushaltspolitiker sowie die Mitglieder des Landwirtschafts- und Umweltausschusses, in dem sie die Forderungen der Protestierenden unterstützten.^[10]

Diese sog. Verbände-Allianz besteht (neben dem Bauernverband) aus:

- [Deutscher Raiffeisenverband](#) e.V.
- [Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände](#) e.V.
- Der Agrarhandel e.V.
- Bund deutscher Baumschulen e.V.
- Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.
- Industrieverband Agrar e.V.

- Zentralverband Gartenbau e.V.
- Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie e.V.
- Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft e. V.
- Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.
- Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e.V.
- Bundesverband Rind und Schwein e.V.
- Bundesverband der Deutschen Weinkellereien e.V.
- Deutsche Fruchthandelsverband e.V.
- Milchindustrieverband e.V.
- Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V.
- Deutscher Kartoffelhandelsverband e.V.
- Deutscher Verband Tiernahrung e.V.
- Deutscher Weinbauverband e.V.
- Familienbetriebe Land und Forst e.V.
- Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.
- Deutscher Jagdverband e.V.,
- Deutscher Fischerei-Verband e.V.
- Deutscher LandFrauenverband e.V.
- Interessengemeinschaft Genossenschaftliche Milchwirtschaft
- Bundesverband Lohnunternehmen e.V.
- Bundesverband bäuerlicher Hähnchenerzeuger e.V.
- Verband Deutscher Putenerzeuger e.V.
- LandBauTechnik – Bundesverband e.V.
- Bundesverband Ei e.V.
- Bund der Deutschen Landjugend e.V.
- Bundesausschuss Obst und Gemüse

Deutschland

Bundestagsausschüsse

Über seine Repräsentanz in den maßgeblichen Bundestagsausschüssen und seinen Einfluß in den Parteien, insbesondere der [CDU](#), steuert der DBV die Ausgestaltung der Agrar-, Ernährungs- und Umweltpolitik in Deutschland. Dem Verband ist es immer wieder gelungen, staatliche Initiativen zum Schutz von Verbrauchern und Tieren sowie der Umwelt zu verhindern bzw. zu verwässern. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hatten 2017 13 der 17 Vertreter aus CDU/CSU im Bundestagsausschuss Ernährung und Landwirtschaft einen Bezug zur Branche.^[11] Entsprechend groß sei der Widerstand gegen strengeres Düngerecht, gegen Beschränkungen der Massentierhaltung, gegen strengere Luftreinholdungsvorgaben für Ställe, gegen ein Verbot von Glyphosat oder gegen verbesserte Tierschutzgesetze. In den letzten Jahren ist der Einfluss von Verbandspolitikern im Agrarausschuss etwas zurückgegangen.

Die folgenden Landwirte und/oder Vorstandsmitglieder von landwirtschaftlichen Interessenverbänden sind Mitglieder im „Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft“ (Agrarausschuss). Teils wurden in der Vergangenheit Interessenkonflikte selbst angezeigt.

- Hermann Färber, Landwirt, MdB (CDU) und Vorsitzender im Agrarausschuss sowie Mitglied im „Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit“, war bis 12.04.2022 Vorsitzender des Kreisbauernverbands Göppingen (danach weiter Ehrenvorsitzender) und bis 12.07.2022 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Landesbauernverbands Baden-Württemberg (danach weiterhin ehrenamtliches Mitglied in dessen Beirat).^[12] Nach Angaben von abgeordnetenwatch meldete Färber einen Interessenkonflikt bei dem Unionsantrag "Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen", bei dem er Berichterstatter war.^[13] In einer Fußnote der Beschlussempfehlung heiße es: "Abg. Hermann Färber erklärte, dass er mit seiner Familie einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftete. Sein Geschäftsanteil an diesem Betrieb betrage 25 Prozent. Der Betrieb verfüge über einen Waldeigentum von aktuell 4 800 Quadratmetern (qm) Wald."
- Artur Auernhammer, Landwirt, MdB (CSU) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Vorsitzender des Vorstands des Bundesverbands BioEnergie (assoziiertes Mitglied bzw. Fachverband des Deutschen Bauernverbands). Für seine Tätigkeit erhält er 500 Euro monatlich.^[14] Laut abgeordnetenwatch ging es am 18. Januar 2023 im Agrarausschuss um einen Antrag der Unionsfraktion, an dessen Entstehung Auernhammer nach eigenen Angaben mitgewirkt hatte.^[15] Darin forderten Auernhammer und seine Fraktion "Ausnahmemöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe in roten Gebieten". Das seien Flächen, in denen das Grundwasser einen hohen Nitratgehalt aufweist und deswegen die Düngung stark eingeschränkt ist. Zu Beginn der Sitzung habe Auernhammer erklärt, sein landwirtschaftlicher Betrieb liege mit den gesamten Flächen in einem „roten Gebiet“, also auf genau jenen Flächen, für den sein Antrag Ausnahmen verlange.
- Gero Clemens Hocker, Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung der FDP-Bundestagsfraktion, MdB (FDP) und Mitglied im Agrarausschuss, ist Präsident des Deutschen Fischerei-Verbands sowie Mitglied des Vorstands des Forums Grüne Vernunft (beide Organisationen sind assoziierte Mitglieder des Deutschen Bauernverbands).^[16] Der Abgeordnete und Verbandsvertreter wurde mehrfach im Landwirtschaftsministerium vorstellig, um die Interessen seiner Branche zu vertreten, worin Timo Lange von LobbyControl einen handfesten Interessenkonflikt sieht.^[17] Die Süddeutsche Zeitung berichtete 2020, dass Mitarbeiter Hockers Lobbyisten für Facebook-Talks mit dem FDP-Agrarpolitiker für einige Tausend Euro verkauft haben sollen.^{[18][19]} Das Geld sei nicht an Hocker geflossen, sondern an Feinschliff-Consulting, eine Beratungsfirma., deren Inhaber seine Abgeordnetenbüros leiteten. Hocker betonte, der Vorwurf, er nehme als Abgeordneter politischen Einfluss im Sinne seiner zahlenden Talkgäste sei „vollständig konstruiert“. Die Beratungsfirma ist darauf hin aufgelöst worden.^[20]

Parteitage

Nach eigenen Angaben ist die Präsenz auf Parteitagen ein wichtiger Baustein in der politischen Arbeit des DBV, um mit politischen Entscheidungsträgern intensiv ins Gespräch zu kommen und Sichtweisen sowie Forderungen des Berufsstandes zielgerichtet zu platzieren.^[21] Die Vertreter des Bauernverbandes sind auf Parteitagen der CDU, SPD, FDP und der Grünen präsent.

Lobbyausgaben/Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt der Deutsche Bauernverband an (Stand: 27.08.2025):

- im Jahr 2024 4.930.001 bis 4.940.000 € für seine Lobbytätigkeit auszugeben und
- 20,59 Lobbyist:innen zu beschäftigen. ^[22]

Zusammengenommen geben der Deutsche Bauernverband (DBV), seine 18 Landesverbandsmitglieder sowie der [Deutsche Raiffeisenverband](#) und der Bundesverband Landwirtschaftlicher Fachbildung (vlf) ^[23] jährlich etwa 7.650.016 € für Lobbyarbeit aus und beschäftigen 64,26 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalente). ^[24] Hierbei sei angemerkt, dass diese Lobbyausgaben lediglich die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung betreffen und keine Lobbyaktivitäten auf Landesebene umfassen. Für die Berechnung wurde jeweils der für das entsprechende Jahr angegebene kleinere Betrag bzw. die kleinere angegebene Anzahl genommen. Zur Einordnung sei ebenfalls erwähnt, dass auch weitere Kreis- und Regionalbauernverbände auf Bundesebene lobbyieren, hier jedoch aufgrund von teils unplausiblen Angaben im Lobbyregister nicht mitberücksichtigt wurden.

Brüssel

Auf europäischer Ebene bestimmen mittlerweile insbesondere der "European Green Deal" und die daraus resultierende "Farm-to-Fork-Strategie" den rechtlichen Rahmen für die landwirtschaftliche Praxis auf den Betrieben. ^[25] Diese hat durch Kommissionsvorschläge konkrete Auswirkungen auf die Umwelt- und Klimapolitik sowie auf die Thematik Pflanzenschutz. Auch Tierhaltung, Marktpolitik, ländliche Entwicklung, neue Züchtungsmethoden, ökologische Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind wichtige Politikbereiche der Lobbyarbeit in Brüssel.

Leiter der Geschäftsstelle Brüssel (Internationale Beziehungen), die Lobbyarbeit auf EU-Ebene übernimmt, ist Florian Dalstein. Der DBV beschäftigt 3 Lobbyisten auf EU-Ebene (Vollzeitäquivalent: 2,5). Davon ist eine Person beim [Europäischen Parlament](#) akkreditiert. Seit 2014 hat der Verband an 24 Treffen der [EU-Kommission](#) teilgenommen (Stand: Dezember 2021). Das EU-Transparenzregister führt Lobby-Ausgaben des DBV in Höhe von 200.000-299.999 € im Jahr 2022 auf. ^[26] Bei der EU-Lobbyarbeit nutzt der DBV auch seine Mitgliedschaft in dem europäischen Agrar-Dachverband [COPA](#), dessen Präsident Joachim Rukwied war.

Seitenwechsel

- Peter Schwarz, Landwirt, seit 29.06.2022 Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein, war bis 2022 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein ^[27]

Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik

Der im Januar 2024 als Reaktion auf die Bauernproteste eingeleitete „Strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU“ war ein neues Forum, mit dem eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Landwirtschaft in der EU gestaltet werden sollte. ^[28] Der strategische Dialog brachte wichtige Interessenträger aus der gesamten Lebensmittelkette zusammen, darunter Landwirtinnen und Landwirte, Genossenschaften, Agrar- und Lebensmittelunternehmen und ländliche Gemeinschaften, sowie Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und von Finanzinstitutionen und Hochschulen. Mitglieder waren 29 Personen als Vertreter ihrer Organisationen. Nach Angaben des DBV waren mit dem Europäischen Bauernverband COPA, dem Europäischen

Genossenschaftsverband COGECA, dem Europäischen Arbeitgeberverband GEOPA-COPA und den Europäischen Junglandwirten CEJA vier direkt der Landwirtschaft zugeordnete Personen beteiligt.^[29] Hinzu seien diverse Verbände des nachgelagerten Sektors, NGO und Wissenschaftler gekommen. Vorsitzender war Prof. Strohschneider. Am 4. September 2024 erhielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den [Abschlussbericht](#). In diesem sprach sich das Forum etwa dafür aus, Betriebe gezielter zu fördern und Landwirte höher zu belohnen, wenn sie umweltgerecht wirtschaften.^[30] Der DBV begrüßte zwar, dass die EU-Kommission dem Grundsatz eines tieferen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaftspolitik mehr Bedeutung beimisst.^[31] Es müsse jedoch intensiv nachgearbeitet werden. Der neue EU-Agrarkommissar Christophe Hansen griff Empfehlungen des Berichts auf.^[32] Künftig sollen stärker Landwirte unterstützt werden, die es wirklich nötig hätten und solche, die aktiv zur Ernährungssicherheit, zur wirtschaftlichen Vitalität der Betriebe und zur Erhaltung unserer Umwelt beitragen. Neue und bestehende Gesetze sollten einem Praxis-Check unterzogen werden. Feste Ziele für den Umweltschutz wird es nicht mehr geben, was als Abschied vom Green Deal interpretiert werden kann.^[33]

Vernetzung mit dem Deutschen Raiffeisenverband

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) ist der politische Spitzenverband aller Genossenschaften und genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Laut [Satzung des DRV](#) kann dessen Präsidium den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands und bis zu 2 Repräsentanten des bäuerlichen Berufsstandes hinzuwählen. Aktuell (März 2024) ist Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied Präsidiumsmitglied des DRV, der seinerseits dem DBV als ordentliches Mitglied angehört. Beide Organisationen arbeiten eng zusammen, so bei der [Verbändeallianz zur Beibehaltung der Regelungen für den Agrardiesel](#), der [Strategie 2030 der deutschen Milchwirtschaft](#) und der [Aktualisierten Futtermittelvereinbarung im QM-Milch-System ab 1. Januar 2024](#).

Baywa AG

Die Baywa AG ist ein internationaler Konzern mit den Geschäftsfeldern Energie, Agrar und Bau. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Segment Agrar ist die Erfassung und der Vertrieb von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die Versorgung landwirtschaftlicher Kunden mit Betriebsmitteln. Im Jahr 2022 lag der weltweite Umsatz des Unternehmens bei rund 27,1 Mrd. Euro.^[34] Baywa ist das umsatzstärkste Agrarhandelsunternehmen Deutschlands.^[35] Größte Aktionäre der Baywa sind die Bayerische Raiffeisen-Beteiligungs AG und die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG, deren Haupteigentümer die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien sowie die Raiffeisenbank International sind.^{[36][37]} Mitglied des Aufsichtsrats sind u.a.: Wilhelm-Josef Oberhofer, Mitglied des Vorstands der Raiffeisenbank Kempten Oberallgäu EG und der Bayerischen Raiffeisen-beteiligungs-AG, Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands und [Monika Hohlmeier](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP). Die Baywa ist Mitglied des Bayerischen Bauernverbands, des Landesbauernverbands Baden-Württemberg sowie des Sächsischen Landesbauernverbands und des Deutschen Raiffeisenverbands, der dem Deutschen Bauernverband angehört.^[38]

Die Baywa AG hat 2024 rund 1,6 Milliarden Euro Verlust eingefahren. Grund dafür seien Abschreibungen auf Beteiligungen wie die an der Ökoenergie-Tochtergesellschaft Baywa r.e. Das Sanierungskonzept sieht u.a. den Abbau von 1 300 Vollzeitstellen vor.^{[39][40]} "Für die Dauer der Sanierung bestehe ein bestandsgefährdendes Finanzierungsrisiko und ein damit einhergehendes bestandsgefährdendes Liquiditätsrisiko für die Fähigkeit der BayWa AG und ihrer Tochtergesellschaften zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit."^[41]

Das Bundeskartellamt hat 2020 Bußgelder in Höhe von insgesamt 154,6 Mio.Euro gegen sieben Großhändler von Pflanzenschutzmitteln und deren Verantwortliche wegen Absprachen über Preislisten, Rabatte und einige Einzelpreise beim Verkauf an Einzelhändler und Endkunden in Deutschland verhängt, wovon 69 Mio. Euro auf die Baywa entfallen.^{[42][43]} Zu den Geschädigten der Großhändler gehören auch Bauern, denen ein genossenschaftlich organisiertes Unternehmen wie die Baywa ihrem Anspruch nach nicht schaden sollte, insbesondere wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbands bei ihr im Aufsichtsrat sitzt. Laut Vorstandsvorsitzendem Marcus Pöllinger war die Baywa zwar von Anfang an eine Aktiengesellschaft, wurzelt jedoch im Genossenschaftswesen und dessen Wertekanon.^[44] Inzwischen haben Tausende von Bauern über eine Sammelklage Schadenersatzforderungen geltend gemacht.^[45] Klageführerin ist die Unilegion GmbH in München. Der Bayerische Bauernverband, in dem die Baywa Mitglied ist, hält eine Sammelklage für ein geeignetes Instrument, um deutlich unterschiedliche Kräfteverhältnisse der Parteien vor Gericht auszugleichen.

Das Aufsichtsratsmitglied Monika Hohlmeier sprach sich 2022 in einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.^[46] Pflanzenschutzmittel werden auch von Baywa vertrieben. Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt.^[47] Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf.^[48]

Führende Netzwerker der Agrarlobby

Stefan Köhler

Seit 2017 ist Köhler Präsident des Bauernverbandes Unterfranken und damit auch Mitglied der Präsidentenkonferenz des bayerischen Bauernverbandes. Er betreibt einen Einzelbetrieb mit Mutterkuhhaltung: 70 Mutterkühe + Nachzucht und seit 1994 Ackerbau, ca. 20 % werden ökologisch bewirtschaftet.^[49]

2024 wurde er ins europäische Parlament gewählt (CSU in der EVP-Fraktion). Er sitzt in folgenden Ausschüssen:

- Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)
- Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)
- Petitionen (PETI)

Mit 144.832 Euro an Nebeneinkünften pro Jahr steht Stefan Köhler an 7. Stelle der 720 Mitglieder des Europäischen Parlaments. In seinem Lebenslauf sind über 20 Aktivitäten als ehrenamtlicher Richter, Mitglied, Vorsitzender, Berichterstatter usw. aufgeführt.^[50]

Köhler bezieht nach eigenen Angaben als Bezirkspräsident mehr als 50.000 Euro jährlich vom Bayerischen Bauernverband (BBV). Der BBV wies darauf hin, dass Köhler seit August "deutlich weniger"

Aufwandsentschädigungen erhalte und einige Verantwortlichkeiten abgegeben habe.^[51] Es drohen Interessenskonflikte besonders, wenn die Mitglieder des Bauernverbandes in Ausschüssen sitzen, die über Themen entscheiden, die direkt mit der Nebentätigkeit verbunden sind, warnt die Politikwissenschaftlerin Wiebke Marie Junk von der Universität Kopenhagen.^[51]

Franz-Josef Holzenkamp

Der landwirtschaftliche Unternehmer **Franz-Josef Holzenkamp** ist seit 07/2017 Präsident des **Deutschen Raiffeisenverbands** (DRV), der dem DBV als Mitglied angehört. Weiterhin ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der AGRAVIS Raiffeisen AG und der Raiffeisendruckerei GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats der DG Nexolution eG., Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft e.V. und Mitglied im erweiterten Vorstand der VLI Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V.^[52] Der seit Jahren als Agrarlobbyist tätige Landwirt war außerdem bis 2017 CDU-Bundestagsabgeordneter, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, in dem die Weichen für die Agrarpolitik gestellt werden. Holzenkamp war als Bundestagsabgeordneter für den Bereich zuständig, für den er als Unternehmer und Lobbyist aktiv war. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung hat er bei der geplanten Änderung der Düngeverordnung Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD geleistet und dafür gesorgt, dass die Forderung nach einer „bedarfsgerechten Düngung“ aufgenommen wurde.^[11] Fast zeit- und wortgleich habe der Bauernverband in einer Anhörung kritisiert, dass der Landwirt bei einer Änderung der Verordnung nicht mehr die "bedarfsgerechte Düngung" der Pflanzen anwenden könne, sondern sich immer schärferen Grenzwerten unterordnen müsse.

Fallbeispiele und Kritik

2025: Ehemalige Landvolkvertreterin soll neue Tierschutzbeauftragte werden

Die **CDU**-Abgeordnete und Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Silvia Breher wurde Anfang August von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (**CSU**) zur neuen Tierschutzbeauftragten ernannt.^[53] Tierschutzverbände kritisieren die Ernennung von Breher, da sie aufgrund ihrer Rolle als Staatssekretärin im Ministerium keine kritische und unabhängige Stimme für die Tiere sein könne und der Posten zudem seine parteipolitische Unabhängigkeit verliere.^{[54][55]} Bis 2017 war Breher Geschäftsführerin des Kreislandvolkverbandes Vechta, dem Interessenverband der Landwirt:innen in ihrem Wahlkreis.^[56] Der Kreislandvolkverband Vechta arbeitet eng mit dem Landesbauernverband, dem **Deutschen Bauernverband** und dem Europäischen Bauernverband zusammen.^[57]

2024: Bayerns Bauernpräsident Felßner sollte Agrarminister werden

Günther Felßner ist Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands und kooptiertes Mitglied im Parteivorstand der CSU. Vor der Regierungsbildung 2025 wollte Markus Söder Felßner zum Bundeslandwirtschaftsminister machen. Nach Protestaktionen zog Felßner jedoch seine Bereitschaft zurück. Felßner stellte immer wieder wissenschaftliche Fakten zum Arten- und Klimaschutz in Frage und wurde 2018 wegen Gewässerverunreinigung in einem Wasserschutzgebiet zu einer Geldstrafe verurteilt. Er sieht sich selbst nicht als Lobbyist, denn er hält den Bayerischen Bauernverband (BBV) für "eine Denkfabrik für Lösungen für die ganze Gesellschaft". Der BBV hat satzungsgemäß den Auftrag, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten ist damit eine klassische Lobby-Organisation.

2024: Verschiebung/ Entschärfung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte

Die [Verordnung für entwaldungsfreie Produkte](#) (Kurzbezeichnung: EUDR) soll einen EU-Rechtsrahmen gegen die global voranschreitende Zerstörung der Wälder schaffen und Anreize für den Übergang und Zugang zu nachhaltigen Lieferketten in allen Erzeugerländern innerhalb und außerhalb der EU ermöglichen.^[58] Laut Begründung der Verordnung hat die EU zwischen 1990 und 2008 ein Drittel der weltweit gehandelten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in Verbindung mit Entwaldung stehen, eingeführt und verbraucht. In diesem Zeitraum sei der Unionsverbrauch für 10 % der weltweiten Entwaldung im Zusammenhang mit der Erzeugung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen verantwortlich gewesen. Mit der EUDR gelten unternehmerische Sorgfaltspflichten für den Handel mit Soja, Ölpalme, Rindern, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Holz sowie daraus hergestellten Erzeugnissen.^[59] Die Verordnung ist am 29. Juni 2023 in Kraft getreten.^[60]

Am 11. Juni 2024 forderte der Deutsche Bauernverband im ersten Schritt eine Aussetzung des Anwendungsbeginns und im zweiten Schritt eine Anpassung der Verordnung.^[61] Länder wie Deutschland, die keinen Waldabbau bzw. vielmehr einen Waldaufbau belegen können und weitreichende Waldgesetze einhalten, müssten von der Umsetzung auf Produzentenebene und jeglichen zusätzlichen Nachweisverfahren ausgeschlossen werden. Die Forderung nach Verschiebung wurde auch von zahlreichen anderen Verbänden - auch wegen behaupteter inhaltlicher und technischer Mängel - vorgetragen. Im September 2024 forderten zahlreiche einflussreiche EU-Abgeordnete - darunter Manfred Weber (CSU), Partei- und Fraktionsvorsitzender der ÖVP - von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) eine Verschiebung der Verordnung um mindestens ein Jahr.^[62] Die Grünen im EU-Parlament erklärten, dass jeder Vorschlag, das Gesetz zu verzögern oder abzuschwächen, ein schwerer Schlag für die Glaubwürdigkeit der EU und ihre Fähigkeit, Stabilität und Sicherheit zu bieten, wäre.^[63] Am 15. November 2024 hat das EU-Parlament der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verschiebung der Verordnung um ein Jahr zugestimmt.^[64] Die EU-Mitgliedstaaten haben sich gegen die Forderung des Parlaments gestellt, die Anti-Entwaldungsverordnung nicht nur zu verschieben, sondern auch inhaltlich zu ändern.^[65] Rat und Parlament müssen sich nun in [Trilogverhandlungen](#) einigen.

2024: Ablehnung des novellierten Düngegesetzes (DüngG)

Der unkontrollierte Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft kann negative Auswirkungen auf Böden, Gewässer, Klima und die Biodiversität haben.^[66] Die diesbezüglichen Vorgaben der EU sind in der [EU-Nitratrichtlinie](#) geregelt, mit der die Nitrat-Werte im Wasser reduziert werden sollen. Die EU-Kommission hat 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil das deutsche Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nitratrichtlinie nicht deren Vorgaben entsprach und Deutschland seiner Verpflichtung der Maßnahmenverschärfung nicht nachgekommen war.^[67] Im Juni 2018 folgte der Europäischen Gerichtshof in seinem Urteil allen Kritikpunkten der Kommission am deutschen Aktionsprogramm. Obwohl das deutsche Düngerecht darauf hin mehrfach überarbeitet worden ist, hat die EU-Kommission 2019 ein Zweitverfahren gegen Deutschland eingeleitet.^[68] Nach einer weiteren Überarbeitung der Düngeverordnung forderte die Kommission im Juni 2021 nochmals Nachbesserungen.^[69] Nachdem das Düngegesetz (DüngG) am 31. Mai 2023 vom Kabinett beschlossen worden ist, hat die EU-Kommission das Vertragsverletzungsverfahren am 1. Juni 2023 eingestellt.^[70] Zur Umsetzung der EU-Vorgaben muss nach Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums in einem ersten Schritt das Düngegesetz geändert werden, das die

Rechtsgrundlage für die folgenden Verordnungen bildet: Düngeverordnung (DüV), Stoffstrombilanzverordnung (StoffBiV) - künftig Nährstoffbilanzverordnung - und die geplante Monitoringverordnung.^[71] Damit soll die Grundlage geschaffen werden, um das Verursacherprinzip bei der Bewertung von Stickstoffeinträgen zu stärken. Außerdem soll die Gesetzesänderung dazu führen, dass in Zukunft die Daten landwirtschaftlicher Betriebe über ihre Düngepraxis im Rahmen einer Monitoringverordnung nachvollzogen und bewertet werden können.

Die Änderung des DüngG ist am 6. Juni 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke angenommen worden.^[72] Der Hauptstreitpunkt bei der Änderung des Gesetzes ist die verpflichtende belegbasierte Bilanzierung der Nährstoffflüsse eines Betriebs.^[73] Der DBV sah die Einigung der Regierungsfractionen beim Düngegesetz kritisch: „Die lange angekündigten Erleichterungen im Düngerecht für gewässerschonend wirtschaftende Betriebe in Roten Gebieten sind immer noch nicht auf den Weg gebracht. Zudem konnte sich die Regierungskoalition nicht darauf verständigen, die EU-rechtlich nicht geforderte Stoffstrombilanz zu streichen, sondern kündigt lediglich Erleichterungen an. Dies bringt keinen erkennbaren Nutzen für den Gewässerschutz, führt aber zu Bürokratie bei den Betrieben.“^[74] Ein Insider aus dem Bundesrat sagte gegenüber der taz, der Bauernverband wolle nicht, dass man künftig erkennen könne, wer das Problem der Überdüngung verursache.^[75] Denn dann könnten solche Betriebe bestraft werden, zum Beispiel durch Bußgelder

Am 5. Juli 2024 hat der Bundesrat die Neufassung des DünG abgelehnt.^[76] Elf der 16 Bundesländer haben mit der Begründung eines Übermaßes an Bürokratie gegen das Vorhaben gestimmt.^[77] In seiner Stellungnahme vom 6. Juni 2024 hatte der DBV erklärt: „Der Bundesrat ist nunmehr gefordert, die vielfach geforderte und auch von der EU-Kommission unterstützte Verursachergerechtigkeit mit Befreiungen für Betriebe in Roten Gebieten auf den Weg zu bringen. Zudem fordert der DBV die Bundesländer auf, als Zeichen des Bürokratieabbaus in der Landwirtschaft, die Stoffstrombilanz ersatzlos zu streichen.“^[78] Am 5. Juli 2024 begrüßte DBV-Präsident Rukwied die Ablehnung des DünG durch den Bundesrat: "Es ist richtig, dieses Gesetz noch einmal zu überarbeiten. Es gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit, zumal die von der EU-Kommission geforderten Punkte im Wesentlichen unstrittig sind.“^[79] Der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) hat dagegen für eine Zustimmung geworben: Nur mithilfe des Wirkungsmonitorings sowie der Stoffstrombilanzierung könne der Eintrag von Nitrat verursachergerecht identifiziert und somit Gewässer und Böden aktiv geschützt und erhalten werden.^[80] Der BDEW ist Teil der Aktion Agrar (weitere Beteiligte: BUND, DUH, DNR, Greenpeace, Grüne Liga, GNF, NABU, Ver.di und WWF), die essentielle Nachbesserungen im Düngegesetz fordern.^[81] Die Bundesregierung hat am 2. Oktober 2024 mitgeteilt, dass sie zur Änderung des DünG die Einberufung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat verlangt.^[82]

Laut Bundeslandwirtschaftsministerium gibt es derzeit keine Basis, um im Sinne der Landwirtschaft erfolgreich mit der EU-Kommission über eine weitergehende Maßnahmendifferenzierung verhandeln zu können.^[83] Es bestehe zudem die Gefahr, dass die EU-Kommission erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung des ihr zugesagten Monitorings und wegen Nichtumsetzung der EU-Düngeprodukteverordnung eröffne.

2023: EU Exportweltmeister bei Lebensmitteln

Der Bauernverband fordert regelmäßig, die Bürokratie abzubauen - insbesondere im Hinblick auf Naturschutzaufgaben -, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Auch sei die Existenz der Bauern durch Billigeinfuhren bedroht. Dazu EU-Kommissionssprecher Olof Gill auf eine taz-Anfrage ^[84] "Die EU ist der größte Agrar- und Lebensmittelexporteur der Welt. Die Nummer zwei, die USA, liegt mit großem Abstand hinter uns." Im Jahr 2023 exportierte die EU Agrar-Produkte im Wert von 229 Milliarden Euro nach Großbritannien, in die USA und nach China. Der Handelsüberschuss betrug 70 Milliarden Euro. ^[85] "Der Wert unserer Rindfleischexporte ist doppelt so hoch wie der der Importe. Das nützt unseren Bauern.", so Gill. Die sensiblen Sektoren der Landwirtschaft würden geschützt. So darf z.B. trotz CETA - [Comprehensive Economic and Trade Agreement](#) -Vertrag mit Kanada kein mit Hormonen erzeugtes Rindfleisch eingeführt werden. 2023 konnte Kanada seine Export-Quote nach Europa nur zu 3% ausschöpfen. Bauernvertreter hatten gewarnt, dass das Abkommen den Wettbewerbsdruck erhöhen würde.

2023/2025: Bauernverband gegen EU-Naturschutzpläne

Der „Green Deal“ der EU sieht im Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law ^[86]), der am 22.6.2023 dem EU-Umweltausschuss vorgelegt wurde, u.a. vor, dass bis 2030 auf 10 % der landwirtschaftlichen Fläche Natur wieder hergestellt werden muss, der Pestizid-Eintrag reduziert und 30% der Moore in der Agrarlandschaft wieder vernässt werden sollen. ^[87]

In seiner Grundsatzrede am Bauerntag ^[88], 28.6.2023, lehnt DBV-Präsident Rukwied die zentralen Naturschutzvorhaben der EU-Kommission ab. Die pauschalen Vorgaben und Verbote der Sustainable Use Regulation und des Nature Restoration Law würden in erster Linie zahlreiche Betriebe in ihrer Existenz gefährden und zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Europa führen.

Der Mediengruppe Bayern gegenüber äußert sich Rukwied folgendermaßen: „... vor allem zwei Vorschläge aus Brüssel. Da geht es einmal um das Thema Pflanzenschutzmittel-Reduktion. Kommt die EU damit durch, würden die landwirtschaftlichen Erzeugungsmengen deutlich zurückgehen und die Abhängigkeit vom Ausland zunehmen. Ganze Flächen müssten aus der Bewirtschaftung genommen werden beziehungsweise auf diesen könnten Pflanzenschutzmittel nicht mehr eingesetzt werden. Das Zweite ist eine Naturschutz-Gesetzgebung, mit der zehn Prozent unserer Flächen für den Naturschutz reserviert werden müssten. Damit würden die Landwirte weitere Erzeugung verlieren. Zudem käme dieser Vorschlag letztlich einem Eingriff in Eigentumsrechte sehr nahe.“ ^[89]

Martin Hofstetter, Agraringenieur von Greenpeace, wirft Rukwied eine bewusste Fehlinterpretation vor. Die 10% der naturnahen Flächen könnten z.B. aus selten gemähten Wiesen oder Feldgehölzen bestehen. Laut dem Entwurf müssen somit keine Flächen stillgelegt werden, da es stattdessen um die biologisch vielfältige Gestaltung dieser gehe. Zudem sei die Ernährungssicherheit nicht gefährdet, so wie es Rukwied andeutete. Deutschland sei Getreideexporteur und es gebe eine Überproduktion an Getreide und Fleisch. ^[90]

Obwohl das EU-Parlament noch Ende Februar 2024 einen Trilog-Kompromiss zum Naturschutzgesetz mit knapper Mehrheit angenommen hatte, fand dieser im März 2024 unter den EU-Umweltministern überraschend keine Mehrheit, weil Ungarn kurzfristig vom Ja- ins Nein-Lager wechselte. ^[91] Die belgische EU-Präsidentschaft setzte den Punkt daher kurzerhand von der Tagesordnung ab. Das bereits als gescheitert betrachtete Gesetz fand im Juni 2024 im EU-Umweltrat doch noch eine Mehrheit, weil die grüne österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler im Namen der Regierung mit Ja stimmte, was ihr Regierungspartner ÖVP für rechtswidrig hält. ^[92]

In einem Brief an Kanzleramtsminister Frei (CDU) im Juli 2025 haben der „Deutsche Bauernverband“, die „Familienbetriebe Land und Forst“ und der Verband „Die Waldeigentümer“ sich einer Forderung von acht CDU geführten Agrarministerien angeschlossen. Die Forderung lautet, das Renaturierungsgesetz vollständig aufzuheben. Die Land- und Forstwirtschaft werde massiv belastet und vor dem Hintergrund der „Krisen- und Kriegssituation in Europa“ sei die Versorgung der Bevölkerung nicht sichergestellt.^[93]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:

Der Bauernverband hat weniger strenge Umweltvorschriften zur Nitratverschmutzung gefordert, die zum Schutz des Grundwassers erlassen wurden. Die Organisation behauptet, laxere Regeln seien notwendig, um die notwendigen Vorräte zu sichern, obwohl es keine Anzeichen für eine Verknappung gibt. Die deutschen Großbauern wehren sich seit Jahren gegen die EU-Vorschriften zur Nitratverschmutzung. Die EVP im Europäischen Parlament hat den Vorschlag unterstützt.^[94]

2018: Ablehnung der Lebensmittelampel

Laut Pressemeldung vom 18. Juni 2018 lehnt der DBV die Forderung der Verbraucherminister der Länder nach einer Lebensmittelampel ab.^[95] Diese hatten von der Bundesregierung eine bessere Kennzeichnung von Zucker, Fett und Salz auf Lebensmittelverpackungen gefordert.^[96]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Lt. EU Transparenzregister ist der DBV als landwirtschaftlicher Spitzenverband ein Verband der Verbände. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und andere führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Als ordentliche Mitglieder gehören dem DBV die 18 Landesbauernverbände, der [Deutsche Raiffeisenverband](#) (DRV) und der Bundesverband Landwirtschaftliche Fachbildung an.^[97] [Assoziierte Mitglieder](#) sind 44 Verbände und Organisationen, die thematisch vom Gartenbau über die Tierzucht bis zum Waldbesitz die große Vielfalt rund um die Landwirtschaft vertreten, und über diese Einbindung an der Arbeit des DBV mitwirken.

Der Organisationsplan des DBV ist [hier](#) abrufbar.

Präsident - Joachim Rukwied

Präsident [Joachim Rukwied](#), selbständiger Landwirt und Weinbauer, saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt.^[98] Er ist (Stand: November 2023):

- Vorsitzender des Verbands Baden-Württembergischer Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands des Verbands Süddeutscher Zuckerrübenanbauer e. V.
- Mitglied des Vorstands der Süddeutschen Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG
- Präsident des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg e. V.
- Mitglied des Präsidiums des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.
- Mitglied des Vorstands der Zentralen Koordination Handel-Landwirtschaft e.V.

- Vorstandsvorsitzender des Forums Moderne Landwirtschaft e.V., dem auch Glyphosat-Hersteller angehören
- Vertretungsberechtigte Person des Hauptstadtbüros Bioenergie (ein Gesellschafter ist der DBV)
- Mitglied des Aufsichtsrats: Südzucker AG, Baywa AG, LAND-DATA GmbH, Messe Berlin GmbH, Buchstelle Landesbauernverband Baden-Württemberg GmbH
- Mitglied des Verwaltungsrats: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Landwirtschaftliche Rentenbank, LBV-Unternehmensberatungsdienste GmbH
- Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks (SWR)

Quellen: ^[99]^[100]

Der Bauernverbandsvorsitzende Rukwied unterläuft immer wieder abgestimmten Vorschläge. So forderte er auf dem Dt. Bauerntag in Cottbus am 26./27.Juni 2024 die Rücknahme von Düngemittelgesetz, Tierschutzgesetz u.a. Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte stehe in Frage und die Ernährungssicherheit für Deutschland sei gefährdet. Das Tierschutzgesetz würde dem „letzten Schweinehalter das Licht ausknipsen (...) Die Vorschläge zum Pflanzenschutz würden den Ackerbau ad absurdum führen. In Berlin hat man noch nicht erkannt, wie wichtig Landwirtschaft ist, wie wichtig Ernährungssicherung ist“ ^[101]

Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten sowie bis zu fünf Vizepräsident:innen. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Nach Recherchen der Neuen Osnabrücker Zeitung waren/sind vier Vorstandsmitglieder als Politiker aktiv. ^[102] Joachim Rukwied saß für die CDU sowohl im Kreistag des Landkreises Heilbronn als auch im Gemeinderat Eberstadt. Für die CSU ist [Günther Felßner](#) Kreisrat im Nürnberger Land, Susanne Schulze Bockeloh gehört der CDU-Ratsfraktion Münster an, Detlef Kurreck sitzt für die Wählergemeinschaft Bastorf im Gemeinderat Bastorf.

Präsidium

Das Präsidium des DBV setzt sich aus dem Vorstand, den Landesbauernpräsidenten, den beiden Bundesvorsitzenden der Deutschen Landjugend, der Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes sowie dem Generalsekretär zusammen. Assoziierte Mitglieder werden zu den Sitzungen beratend hinzugezogen. Die etwa 20 Präsidiumsmitglieder des DBV oder ihre Unternehmen erhielten im Haushaltsjahr 2022/23 insgesamt mehr als 2,6 Millionen Euro EU-Subventionen. Das zeigt eine Recherche in der Datenbank [Agrarzahlen](#) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Die taz ^[103] hat die Zahlungen folgendermaßen aufgeschlüsselt:

Spitzenbezieher war im Jahr bis Ende Oktober 2023 mit ungefähr 1 Million Euro die Universal-Agrar GmbH, bei der der Präsident des Thüringer Bauernverbands, Klaus Wagner, als Geschäftsführer und Gesellschafter fungiert. Auf Platz zwei liegt mit rund 470.000 Euro die AGW Agrarwirtschaftsgesellschaft Worin von Henrik Wendorff, dem Chef des Bauernverbands Brandenburg. DBV-Präsident Joachim Rukwied bekam knapp 100.000 Euro EU-Subventionen. Im Schnitt 145.000 Euro erhielt jedes der 18 Präsidiumsmitglieder, denen die taz Betriebe in der Datenbank zuordnen konnte. Das ist bedeutend mehr als die 22.000 Euro, die der

durchschnittliche Empfänger in Deutschland bekam. Bei Rukwied z.B. kommen 97% der Zahlungen aus den Direktzahlungen pro Hektar. AbL-Bundesgeschäftsführerin Xenia Brand kritisierte, der Bauernverband verhindere, dass die Flächenprämien zugunsten von Zahlungen für konkrete ökologische Leistungen der Bauern umgeschichtet werden. „Da wichtige Akteure in der Spitze des Deutschen Bauernverbandes stark von der bisherigen Flächen-prämie profitieren, verwundert es nicht, dass sie so vehement die Qualifizierung dieser Gelder blockieren.“ (zitiert nach ^[103])

Generalsekretär

Generalsekretär ist Bernhard Krüsken (Stand: Januar 2024). ^[104]

Fachausschüsse

Die Fachausschüsse leisten die fachliche Vorarbeit für das Präsidium und haben eine beratende Funktion. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Fachausschüsse sind [hier](#) abrufbar.

Mitgliedschaften (Auszug)

- [COPA-COGECA](#)
- Aktionsbündnis Forum Natur GbR
- Bundesmarktverband für Vieh und Fleisch
- Bundesverband Bioenergie
- Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft
- [Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#), ein Netzwerk aus allen Bereichen der Landwirtschaft incl. Agrochemie, dessen Vorstandsvorsitzender DBV-Präsident Rukwied ist
- German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA)
- Global Forum for Food and Agriculture Berlin
- [Information Medien Agrar](#) (i.m.a.)
- ifo Institut
- [Lebensmittelverband Deutschland](#)
- QM-Milch
- Union der deutschen Kartoffelwirtschaft
- Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen
- Verband der Deutschen Milchwirtschaft
- [World Farmer's Organisation](#)
- [Zentrale Organisation Handel-Landwirtschaft](#), eine Dialogplattform für Verbände und Organisationen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie dem Lebensmitteleinzelhandel

Neuere Interessenvertretungen im Agrarbereich

Industrieverband Agrar e.V. (IVA)

Der [Industrieverband Agrar e.V.](#) ist 1988 aus dem Zusammenschluss des Industrieverbands Pflanzenschutz mit drei Fachverbänden der Düngemittelindustrie entstanden. Er vertritt nach eigener Aussage die Interessen der Hersteller von „Betriebsmitteln für einen nachhaltigen Pflanzenbau in Deutschland“. Dabei geht es um Pflanzenschutz, Düngung, Biostimulanzen, Pflanzenzüchtung und Schädlingsbekämpfung.

Präsident: Michael Wagner, BASF SE, Limburgerhof

Hauptgeschäftsführer: Frank Gemmer

Die 47 Mitgliedsunternehmen (Stand 08/2025) finden sich hier ^[105]

Der Industrieverband Agrar ist Mitglied im Verband der chemischen Industrie (VCI).

Auf der Jahrespressekonferenz 2025 berichtet IVA-Präsident Wagner "von schrumpfenden Umsätzen im Pflanzenschutzmittel-Sektor (minus 9,1 Prozent) und stagnierenden Absätzen der Düngemittel-Produzenten. „ ^[106]

Nach Angaben des Umweltbundesamtes sind in Deutschland sogar mehr Pestizidwirkstoffe erlaubt als in den Nachbarländern und die Zahl der sogenannten Notfallzulassungen, 64 im Jahr 2024, sei besonders hoch. ^[107] Der Bauernverband und der IVA klagen stattdessen über die Schwierigkeiten, Pestizide auf den Markt zu bringen, und dass zu wenig Wirkstoffe zugelassen seien. Bundesagrarminister Alois Rainer (CSU) arbeitet daran, dass die „Zulassungssituation von Pflanzenschutzmitteln verbessert“ und für schnellere Verfahren durch „Verschlankung der behördlichen Zusammenarbeit“ gesorgt wird. ^[108]

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Die [Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.](#) (AbL) ist 1980 mit dem Ziel gegründet worden, die Interessen der kleineren und mittleren Betriebe wahrzunehmen. In der Stellungnahme zur EU-Wahl 2024 heißt es: „Wir brauchen europaweit viele und vielfältige Höfe und Bäuerinnen und Bauern mit ihrem Wissen und Können: für eine krisenfeste regionale Ernährung, für lebendige ländliche Räume, für Umwelt-, Klima- und Tierschutz.“ ^[109] Im AbL-Verlag erscheint das Jahrbuch [Der kritische Agrarbericht](#). Die ABL kooperiert mit dem Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft](#) Am 06.01.2024 hat die AbL einen agrarpolitischen 6-Punkte Plan als "kurzfristige Reaktion auf die bäuerlichen Proteste" aufgestellt. [Datei:Agrarpolitischer 6-Punkteplan AbL.pdf](#)

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

Der [Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.](#) (BDM) ist 1998 von Milcherzeugern gegründet worden, die sich durch den Deutschen Bauernverband nicht vertreten sahen. ^[110] Er will eine von Interessenkonflikten unabhängige Verbandsarbeit leisten – unabhängig von den Interessen anderer landwirtschaftlicher Sparten und unabhängig von parteipolitischen Interessen. ^[111] Der BDM steht für eine gesellschaftsverträgliche, nachhaltige und vielfältige Milchwirtschaft zum Nutzen aller. ^[112] Nach eigenen Angaben sind im BDM rund ein Drittel der deutschen Milcherzeuger organisiert, die etwa 40 Prozent der in Deutschland erzeugten Milch produzieren. ^[113] Der BDM ist Gründungsmitglied des [European Milk Board](#) (EMB).

Solidarische Landwirtschaft

Das 2011 gegründete Netzwerk [Solidarische Landwirtschaft e.V.](#) (Solawi) bezeichnet sich als einen Zusammenschluss von Menschen mit landwirtschaftlichem Hintergrund und Verbraucher:innen, die sich für die Verbreitung von Solidarischer Landwirtschaft einsetzen. ^[114] Es engagiere sich für die Erhaltung und Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, in der Erzeuger:innen und Verbraucher:innen verbindlich zusammenarbeiten und Landwirtschaft als eine gesellschaftliche Verantwortung sehen. In der Solidarischen

Landwirtschaft tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebes, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten, sie werden Ernte-Teilende.^[115] Partner sind: Ackersyndikat, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Kulturland e.G., Netzwerk gerechter Welthandel, Soziale Landwirtschaft (DASol) und Soziale Arbeit (DGSA), Regionalbewegung, Software für solidarische Landwirtschaft, World Wide Opportunities on Organic Farms - Deutschland. Eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft im Netzwerk bilden die [Solawi Genossenschaften](#).

Freie Bauern

Die 2020 gegründete Initiative [Freie Bauern Deutschland GmbH](#) ist eine Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland auf der Grundlage einer zweckgebundenen GmbH. Gesellschafter sind lt. Eintrag beim Registergericht Halle/Saale: der Geschäftsführer Alfons-Josef Wolff (52 %), der [Bauernbund Brandenburg](#) e.V. (40 %) und Reinhard Jung (8 %). Die Initiative hat es im Februar 2024 abgelehnt, einen Aufruf gegen Demos mit Galgensymbolen und gegen Unterwanderung durch Rechtsradikale zu unterschreiben.^[116] Sie darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[117]

Landwirtschaft verbindet Deutschland

Der Landesverein "Landwirtschaft verbindet Bayern e.V." gründete sich im Juni 2021 in Zusammenhang mit Bauerndemonstrationen gegen eine Verbotspolitik und ist nachfolgend als [Landwirtschaft verbindet Deutschland](#) und auch „LSV-Deutschland“ bekannt.^[118] Der Verein bezeichnet sich als Bewegung von deutschen Landwirten und Landwirtinnen, deren Existenz und Betriebe durch die Politik gefährdet sind.^[119] LSV-Deutschland darf laut Beschluss des OLG Naumburg vom 20.09.2024 als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden.^[120]

Weiterführende Informationen

- [Organisationsplan des Deutschen Bauernverbands](#)
- [Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2023](#)
- [Interview mit DBV-Präsident Rukwied zu den Folgen des Ukraine-Krieges: Auch Futter ernährt indirekt Menschen, taz vom 5.4.2022](#)
- [Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes \(DBV\) April 2019, Auftraggeber: NABU Bearbeitung: Institut Arbeit und Wirtschaft](#)
- [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen - Recherche der Süddeutschen Zeitung, September 2017](#)
- [Man kennt sich, man schätzt sich, man schützt sich, Auszug aus dem Kritischen Agrarbericht 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Stefan Ewert: Lobbyismus im Agrarsektor, in: Handbuch Lobbyismus, Hrsg. Andreas Polk, Karsten Mause, Wiesbaden 2023, S. 779
2. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
3. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
4. ↑ [So finanziert der Bund seine Landwirt:innen](#), statista.com, abgerufen am 08.01.2024
5. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
6. ↑ [Bauernproteste: Geht es den Landwirten wirklich so schlecht?](#), wdr.de vom 09.01.2024, abgerufen am 15.01.2024
7. ↑ [Die Farm-to-Fork-Strategie muss an die Realität angepasst werden](#), bauernverband.de vom April 2023, abgerufen am 12.01.2024
8. ↑ [Landwirtschaft Warum der Grund für die Wut der Bauern in Brüssel liegt](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 12.01.2024
9. ↑ [Die erpressbare Republik](#), sueddeutsche.de vom 12.01.2024, abgerufen am 13.01.2024
10. ↑ [Pressemitteilung des Deutschen Raiffeisenverbands vom 12.01.2024](#), raiffeisen.de, abgerufen am 15.01.2024
11. ↑ ^{11,011,1} [Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen](#), sueddeutsche.de vom 15.09.2017, abgerufen am 14.06.2019
12. ↑ [Hermann Färber](#), bundestag.de, abgerufen am 13.01.2024
13. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
14. ↑ [Artur Auernhammer](#), bundestag.de, abgerufen am 15.01.2024
15. ↑ [Wie Abgeordnete in eigener Sache Politik machen](#), abgeordnetenwatch.de vom 16.06.2023, abgerufen am 15.01.2024
16. ↑ [Gero Hocker](#), bundestag.de, abgerufen am 17.01.2024
17. ↑ [Die brisante Doppelrolle des FDP-Manns Gero Hocker](#), spiegel.de vom 27.01.2024, abgerufen am 29.01.2024
18. ↑ [Gefährliche Saat](#), sueddeutsche.de vom 11.08.2020, abgerufen am 18.01.2024
19. ↑ [Hocker: Kein Geld für Lobbyisten](#), wochenblatt-dlv.de vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
20. ↑ [FDP-Beratungsfirma löst sich nach Vorwürfen auf](#), topagrar.com vom 11.08.2020, abgerufen am 17.01.2024
21. ↑ [DBV bei Parteitag](#), geschaeftsbericht.bauernverband.de, abgerufen am 14.01.2024
22. ↑ [Registereintrag "Deutscher Bauernverband e.V." - Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#), lobbyregister.de, abgerufen am 27.08.2025
23. ↑ [Deutscher Bauernverband e.V. - Mitglieder](#), bauernverband.de, abgerufen am 27.08.2025
24. ↑ [Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) Die Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Angaben im Lobbyregister (Stand: August 2025).
25. ↑ [EU und Internationales](#), bauernverband.de, abgerufen am 13.01.2024
26. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
27. ↑ [Beruflicher Werdegang](#), schleswig-holstein.de, abgerufen am 15.01.2024
28. ↑ [Wichtigste Initiativen: Strategischer Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft](#), ec.europa, abgerufen am 07.03.2025

29. ↑ [Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft](#), bauernverband.de, abgerufen am 97.03.2025
30. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
31. ↑ [Bauernverband zum Abschluss des strategischen Dialogs mit der Landwirtschaft in der EU](#), bauernverband.de vom 04.09.2024, abgerufen am 07.03.2025
32. ↑ [Was Brüssel für die Bauern plant](#), tagesschau.de vom 19.02.2025, abgerufen am 07.03.2025
33. ↑ [In der Landwirtschaft verabschiedet sich die EU vom Grünen Deal](#), sueddeutsche.de vom 19.02.2025, abgerufen am 08.03.2025
34. ↑ [Umsatz der Baywa](#), statista.com, abgerufen am 08.03.2024
35. ↑ [Konzernfinanzbericht 2022](#), lobbyrgister.bundestag.de, abgerufen am 06.03.2024
36. ↑ [Unternehmensprofil Baywa](#), finanzen.net, abgerufen am 07.03.2024
37. ↑ [Unternehmen](#). Ili.at, abgerufen am 07.03.2024
38. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de.bundestag.de, abgerufen am 07.03.2024
39. ↑ [taz vom 04.07.2025, Seite 8]
40. ↑ [baywa-ag...groesste-krise-der-unternehmensgeschichte](#) www.wallstreet-online vom 13.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
41. ↑ [baywa-meldet-milliardenverlust.warnt-sanierungsrisiko](#) www.agrarheute.com vom 10.07.2025, abgerufen am 14.07.2025
42. ↑ [Bußgelder gegen Großhändler von Pflanzenschutzmitteln wegen wettbewerbswidriger Abstimmung von Preislisten, Rabatten und Einzelpreisen](#), bundeskartellamt.de vom 13.01.2020, abgerufen am 07.03.2024
43. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
44. ↑ [„Wir können viel zum Positiven verändern“ - Nachhaltigkeitsbericht 2022](#), baywa.com, abgerufen am 07.03.2024
45. ↑ [Der Aufstand der betrogenen Bauern](#), merkur.de vom 04.04.2023, abgerufen am 07.03.2024
46. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
47. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024
48. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
49. ↑ [stefan-koehler](#) www.cdusu.eu, abgerufen am 21.12.2024
50. ↑ [STEFAN_KOEHLER](#) www.europarl.europa.eu, abgerufen am 21.12.2024
51. ↑ ^{51,051,1} [eu-parlament-nebeneinkuenfte-abgeordnetewww.zdf.de](#) vom 12.12.2024, abgerufen am 21.12.2024
52. ↑ [Vita](#), raiffeisen.de, abgerufen am 12.01.2024
53. ↑ [BMLEH - Pressemitteilungen - Bundesminister Alois Rainer schlägt Silvia Breher als neue Tierschutzbeauftragte vor](#) bmleh.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
54. ↑ [CDU-Politikerin Breher soll neue Tierschutzbeauftragte werden](#) tagesschau.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
55. ↑ [Neue Tierschutzbeauftragte - Kritik wegen mutmaßlich mangelnder Unabhängigkeit](#) deutschlandfunk.de, vom 08.08.2025, abgerufen am 15.08.2025
56. ↑ [Landvolk-Geschäftsführerin Breher soll auf Holzenkamp folgen](#) agrarheute.com, vom 06.02.2017, abgerufen am 15.08.2025
57. ↑ [Kreislandvolkverband Vechta](#) klv-vechta.de, abgerufen am 15.08.2025
58. ↑ [Pressemitteilung vom 24.10.2024](#), abgerufen am 21.11.2024
59. ↑ [EU-weit einheitliche Regelungen für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bmel.de vom 02.09.2024, abgerufen am 22.11.2024

60. ↑ [FAQ zum Zeitplan](#), ble.de, abgerufen am 21.11.2024
61. ↑ [EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten](#), bauernverband.de, abgerufen am 21.11.2024
62. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
63. ↑ [EU-Kommission will Gesetz zum Schutz der Wälder aufheben](#), sueddeutsche.de vom 26.09.2024, abgerufen am 21.11.2024
64. ↑ [Ministerin Gorißen: Richtige Entscheidung des Europäischen Parlaments zur weiteren Verschiebung der Entwaldungsverordnung](#), land.nrw, abgerufen am 21.11.2024
65. ↑ [EUDR: Rat stellt sich gegen Änderungswünsche des Parlaments](#), table.media vom 21.11.2024, abgerufen am 21.11.2024
66. ↑ [Düngemittel](#), umweltbundesamt.de vom 01.06.2022, abgerufen a, 24.11.2024
67. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
68. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
69. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
70. ↑ [EU-Nitratrichtlinie: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt - hohe Vertragsstrafen abgewendet](#), bmel.de vom 01.06.2023
71. ↑ [Änderungen im Düngerecht](#), bmel.de vom 12.11.2024, abgerufen am 24.11.2024
72. ↑ [Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft 05.06.2024](#), abgerufen am 25.11.2024
73. ↑ [Die Endlosschleife ums Düngegesetz - Umweltkatastrophe mit Ansage](#), blogs.nabu.de vom 25.09.2024, abgerufen am 25.11.2024
74. ↑ [DBV kritisiert Einigung beim Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 17.05.2024, abgerufen am 25.11.2024
75. ↑ [Union für Mist im Düngegesetz](#), taz.de vom 04.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
76. ↑ [Bundesrat lehnt Düngegesetz ab - weiterhin pauschale Einschränkungen statt Verursacherprinzip](#), info.bml vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
77. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
78. ↑ [Bundestag lässt Chance zum Bürokratieabbau ungenutzt](#), bauernverband.de vom 06.06.2024, abgerufen am 25.11.2024
79. ↑ [Deutscher Bauernverband zu Düngegesetz](#), bauernverband.de vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
80. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
81. ↑ [Düngegesetz im Bundesrat gescheitert - jetzt drohen Strafzahlungen](#), agrarheute.com vom 05.07.2024, abgerufen am 25.11.2024
82. ↑ [Düngegesetz soll in den Vermittlungsausschuss](#), bundestag.de vom 08.10.2024, abgerufen am 25.11.2024
83. ↑ [Fragen und Antworten zum Düngerecht](#), bmel.de, abgerufen am 24.11.2024
84. ↑ [Europäische-Landwirtschaft](#) taz vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
85. ↑ [eu-agri-food-exports-keep-growing...](#) agriculture.ec.europa.eu vom 25.06.2024, abgerufen am 29.07.2024
86. ↑ [European Commission, Factsheet, 22.06.2022](#), abgerufen am 30.06.2023

87. ↑ [EU-Parlament, Briefing, EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, 2022](#) abgerufen am 30.06.2023
88. ↑ [Presseportal DBV vom 28.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
89. ↑ [Bauernpräsident: „EU-Pläne gefährden Ernährungssicherheit“](#) , abgerufen am 30.06.2023
90. ↑ [taz.de, Bauern gegen EU-Naturschutzpläne vom 29.06.2023](#) abgerufen am 30.06.2023
91. ↑ [Umweltminister beerdigen wichtiges EU-Gesetz](#), agrarheute.com vom 26.03.2024, abgerufen am 02.04.2024
92. ↑ [Kanzler hält an Koalition fest](#), sueddeutsche.de vom 17.06.2024, abgerufen am 26.06.2024
93. ↑ [Gesunde-Boeden-Gewaesser-Waeldertaz.de](#) vom 14.07.2025, abgerufen am 17.07.2025
94. ↑ [Main actor: Bauernverband, German big farmers lobby](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.02.2023
95. ↑ [Ernährungskompetenz fördern statt Ampeln fordern](#), bauernverband.de vom 18.06.2018, abgerufen am 11.01.2024
96. ↑ [Verbraucherminister wollen Fett, Zucker und Salz kennzeichnen, aber nicht mit einer Ampel](#), topagrar.com vom 19.06.2018, abgerufen am 25.07.2018
97. ↑ [Transparenz-Register: Deutscher Bauernverband](#), ec.europa.eu, abgerufen am 08.01.2024
98. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt](#), noz.de vom 19.02.2024, abgerufen am 09.03.2024
99. ↑ [Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht](#), suedzuckergroup.com, abgerufen am 14.11.2023
100. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de, abgerufen am 14.11.2023
101. ↑ [rukwid-zum-bauerntagzdf.de](#) vom 27.06.2024, abgerufen am 27.06.2024
102. ↑ [Nach Kritik aus dem Wittlager Land: Wer hinter dem Bauernverband steckt](#), noz.de vom 19.02.2024, abgerufen am 25.03.2024
103. ↑ ^{103,0103,1} [EU-Agrarsubventionen](#) taz.de vom 07.06.2024, abgerufen am 07.06.2024
104. ↑ [Geschäftsstelle](#), bauernverband.de, abgerufen am 08.01.2024
105. ↑ [mitgliedsunternehmen](#)www.iva.de, abgerufen am 04.08.2025
106. ↑ [jahrespressekonferenz 2025](#)www.iva.de, abgerufen am 04.08.2025
107. ↑ [Umweltbundesamt-zu-Kritik-der-Agrarlobby](#)taz.de vom 23.07.2025, abgerufen am 04.08.2025
108. ↑ [zulassung-pflanzenschutzmittel](#)www.bmlh.de, Pressemitteilung vom 19.07.2025, abgerufen am 04.08.2025
109. ↑ [EU Wahl](#), abl-ev.de, abgerufen am 02.07.2024
110. ↑ [Bundesverband](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
111. ↑ [BDM - Leitlinien](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
112. ↑ [BDM - Leitlinien](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
113. ↑ [Bundesverband](#), bdm-verband.de, abgerufen am 02.07.2024
114. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.](#), solidarische-landwirtschaft.de, abgerufen am 02.07.2024
115. ↑ [Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.](#), solidarische-landwirtschaft.de, abgerufen am 02.07.2024
116. ↑ [Streit über Erklärung zu Bauernproteste](#), taz.de vom 20.02.2024, abgerufen am 10.10.2024
117. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage](#), taz.de vom 09.10.2024, abgerufen am 10.10.2024
118. ↑ [Vorstand](#), lsvdeutschland.de, abgerufen am 02.07.2024
119. ↑ [Startseite](#), lsvdeutschland.de, abgerufen am 02.07.2024
120. ↑ [Umstrittener Agrarverband verliert Klage](#), taz.de vom 09.10.2024, abgerufen am 10.10.2024